2004/02 Inland

https://jungle.world/artikel/2004/02/nur-drei-tote-mehr

Nur drei Tote mehr

Von **robert andreasch**

Die Morde an drei russischen Aussiedlern in Heidenheim bewegen die Nation nicht. Auch in der Stadt hat sich die erste Aufregung gelegt. von robert andreasch

Der Kanzler erinnerte nicht an den »Aufstand der Anständigen«, kein Ministerpräsident trat mit Trauermine vor die Kameras, kein Innenminister beschwor Toleranz und Gewaltfreiheit, kein Wolfgang Thierse und kein Vertreter der deutschen Zivilgesellschaft »zeigten Gesicht«. Die Nachricht, dass ein Neonazi im baden-württembergischen Heidenheim an der Brenz in der Nacht zum 20. Dezember vorigen Jahres drei jugendliche Aussiedler tötete, schaffte es zwar noch vereinzelt in die Agenturmeldungen, war aber nach wenigen Tagen schon völlig vergessen.

In der Nacht zum 20. Dezember taucht Leonhard Schmidt, ein stadtbekannter Neonazi, der sich gerade bei der Bundeswehr als Zeitsoldat beworben hat, vor der alternativen Diskothek Kulturbühne K2 auf, der Türsteher lässt ihn aber nicht hinein. Die herbeigerufene Polizei erteilt ihm einen Platzverweis und nimmt seine Personalien auf. Eine Schusswaffe und das 20 Zentimeter lange Messer bemerkten die Beamten offenbar nicht.

Eine halbe Stunde später tauchen Schmidt, seine Freundin und ein weiterer Begleiter wieder vor der Disko auf, letzterer beginnt einen Streit mit drei Jungen im Alter von 15, 16 und 17 Jahren. Völlig unvermittelt fügt Leonhard Schmidt den drei Aussiedlern tödliche Stiche in das Herz und den Hals zu. Zwei der Angegriffenen sterben noch am Tatort, der dritte im Krankenhaus. Der Täter stellt sich zwölf Stunden später der Polizei, zu der er die ganze Zeit per Mobiltelefon in Kontakt stand.

Seither kann nicht sein, was nicht sein darf. Die Staatsanwaltschaft Ellwangen streitet den rechten Hintergrund des Täters nicht ab, schließt aber sofort ein politisches Motiv für die Tat aus. Dem baden-württembergischen Verfassungsschutz ist der Vorfall keine Zeile wert. Alle einigen sich darauf, dass man es eben mit einem »verrückten Einzeltäter« zu tun habe. Ein Deutscher habe drei Deutsche umgebracht, bedauert Oberbürgermeister Bernhard Ilg (CDU), die Bevölkerung dürfe sich jetzt nicht »in Linke und Rechte« spalten lassen. Obwohl Schmidt von »Kameraden« zum K2 gefahren wurde, mit mehreren

Personen unterwegs war, auf der Flucht unterstützt wurde und schließlich in Dillingen Unterschlupf fand, bleiben die Ermittlungen bisher auf einen »Einzeltäter« beschränkt.

Heidenheim liegt nicht im Osten der Republik, sondern im Süden, es ist ein ostwürttembergisches »Oberzentrum« am Rand der Schwäbischen Alb mit gut 50 000 EinwohnerInnen. Viele PendlerInnen aus der Region arbeiten in den Firmen der Industriestadt, die meisten bei dem Maschinenbauer Voith oder bei einem Hersteller von Verbandsmaterial, der Hartmann AG. Auch wenn derzeit zahlreiche Stellen abgebaut werden, liegt die Arbeitslosenquote mit 7,7 Prozent noch weit unter dem Bundesdurchschnitt.

AussiedlerInnen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des Warschauer Pakts sind in Heidenheim von der Bevölkerung isoliert, die meisten wohnen ghettoisiert im Ortsteil Zangerberg. Viele jugendliche Aussiedler berichten von Pöbeleien und Diskriminierungen durch die normalen Mitmenschen oder durch Heidenheimer Neonazis. Letztere hetzen nach den Morden im Forum des bayerischen Wikingerversandes gegen die »Wodkadeutschen«, das »Kroppzeugs«. Einer meinte, man sollte dem Täter »ein Trinkgeld geben«.

Rechtsextremismus sei in Heidenheim »kein Problem«, kann man dagegen in der lokalen Presse lesen. Dabei gründete schon 1987 Ewald Bela Althans, bekannt aus dem Film »Beruf Neonazi«, mit dem ehemaligen NS-General Otto Ernst Remer hier die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF). Jahrelang galt die Stadt an der Brenz als Hochburg der Republikaner, die hier 1989 bei der Europawahl 19,7 Prozent der Stimmen erhielten, auch heute verfügen sie noch über ein Gemeinderatsmandat. Den ehemaligen Landesvorsitzenden der Republikaner, Klaus-Peter Köhler, ernannte die Heidenheimer FDP 1995 zu ihrem Kandidaten für die Landtagswahl.

Peter Gmähle und der ehemalige Bundesschatzmeister der verbotenen Wiking-Jugend, Hans Jaus, betreiben in der Stadt den neonazistischen »Verlag Neue Ordnung«. Ehemalige Angehörige der SS und der Waffen-SS treffen sich in einem »Kameradenkreis«. Im Jahr 1999 führten Aktionen der Antifaschistischen Aktion Ulm/Neu-Ulm und Heidenheimer Antifas im Rahmen der bundesweiten Antifa-Offensive zur Schließung des Naziladens Paddy’s Military Shop von Jürgen Boer vom so genannten Freiheitlichen Volksblock und von Dirk Plankenhorn von der 1993 verbotenen Heimattreuen Vereinigung Deutschlands.

Danach dauerte es mehrere Jahre, bis die rechtsextreme Szene Heidenheims wieder von sich reden machte. Sie lebte allerdings in den Bauwagen fort, in denen sich Jugendliche in den Dörfern rund um Heidenheim treffen, und stützte sich auf die Skinheads im benachbarten bayerischen Landkreis Dillingen und auf dem Härtsfeld, wo zeitweise eine Kameradschaft Härtsfeld auftrat. Im Lauf des vergangenen Jahres kam es dann wiederholt zu Übergriffen und Drohungen von Neonazis gegen Punks und Linke.

Zum Nationalfeiertag am 3. Oktober provozierten einige Neonazis mit dem Hitlergruß vor dem K2. Derweil verbargen sich rund 15 Nazi-Skinheads vermummt und bewaffnet, die dann über aufmerksam gewordene Punks und Antifas herfielen. Leonhard Schmidt fügte dabei einem Punk mit einem Schlagstock eine Platzwunde am Kopf zu.

Schmidt trägt einen Seitenscheitel, eine Nickelbrille und geht in die elfte Klasse des Technischen Gymnasiums. Er wuchs in Berlin auf. Seine Eltern, die aus dem Raum Heidenheim stammen, geben sich emanzipiert und engagierten sich in der Friedensbewegung der achtziger Jahre. Der Vater ist Architekt, die Mutter Lehrerin, sie war in der Giengener SPD aktiv.

Als Schmidt in Berlin in Neonazikreisen aktiv wurde, schickten ihn seine Eltern im Sommer 2003 zu einem Onkel nach Heidenheim. Hier sollte er sich von seinen rechtsextremen Einstellungen lösen. Ein Plan, der scheitern musste, denn der Onkel, ein Besitzer mehrerer Fahrschulen im Landkreis, gilt als äußerst konservativ und autoritär. Der Waffenliebhaber kandidierte bei den Kommunahlwahlen 1999 für die Republikaner. In der Schule prahlte Leonhard Schmidt mit seiner Messersammlung, mehrfach bedrohte er schwarze oder ausländische Schüler. Der Leiter der Schule sagt, er habe »nie etwas Ungewöhnliches bemerkt«.

Die Heidenheimer Neue Presse berichtet mittlerweile nicht mehr über den Dreifachmord, dafür hat sie eine neue Gefahrenquelle entdeckt. Angesichts der antifaschistischen Gegenaktivitäten ließ sie die LeserInnen ihrer Online-Ausgabe abstimmen: »Viele Bürger fürchten nun, dass es zu weiteren Zusammenstößen und vielleicht auch zu neuerlicher Gewalt kommen könnte. Haben auch Sie Angst davor?« 62,4 Prozent der LeserInnen antworteten mit Ja.

Am Abend nach dem dreifachen Mord kamen noch vierhundert Menschen zu einer spontanen Demonstration nach Heidenheim. Einem überregionalen Aufruf folgten eine Woche später nur noch knapp 300 Menschen. Aus anderen Städten wurden keine weiteren Antifa-Proteste bekannt.

Die Taten von Heidenheim indes haben ihre Fortsetzung gefunden. Ein 16jähriger Skinhead aus Malente in Schleswig-Holstein stach in der Neujahrsnacht einen 20jährigen Deutschen russischer Herkunft mit einem Klappmesser nieder. Gegenüber der Polizei gab der Täter Haß auf Ausländer als Tatmotiv an. In einer Notoperation konnte das Leben des Opfers gerettet werden.

© Jungle World Verlags GmbH